

AfA NRW
Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen – Landesverband NRW
Ordentliche Landeskonferenz
23.02.2008 Bochum, Jahrhunderthaus

Initiativantrag Unterbezirk Düsseldorf

Adressaten: SPD-Parteirat, SPD-Mitglieder der Bundesregierung

Die Bahn bleibt Teil des öffentlichen Dienstes

Zur Zukunft des letzten großen Staatsunternehmens, zur Zukunft der Deutschen Bahn, hat die Mehrheit der Bevölkerung (70%) eine klare Position: Sie sagt nein zur Privatisierung. Damit lehnen sie ein Kernelement des 3. Eisenbahnpakets der EU, die sgn. Liberalisierung des Personenverkehrs mit dem der weitere Ausverkauf der Bahn vorgezeichnet wäre, ab.

Damit im Einklang hat sich auch die Mehrheit der Delegierten des Parteitages in Hamburg eindeutig gegen jede Privatisierung der Bahn ausgesprochen. Sie haben deutlich gemacht, dass die SPD mit überwältigender Mehrheit eine Zerschlagung der DB AG und einen Verkauf an Großinvestoren ablehnt. Der Parteitag hat unterstrichen, dass die SPD für eine DB AG in alleinigem öffentlichen Eigentum und in öffentlicher Verantwortung eintritt. Der Parteitag hatte für die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge im Schienenverkehr und gegen den Zugriff privater Investoren auf die Bahn votiert. Dies beinhaltet auch die Ablehnung der Privatisierung über ein Holding-Modell und Teilprivatisierungen der Bahn.

Nun erfahren wir, dass Modelle diskutiert und „Sandkastenspiele“ betrieben werden, um mit einem Holding-Modell die Aufsplitterung der Bahn (auch eigentumsrechtlich) in diverse Sparten voranzutreiben. Hinweise existieren, dass dies unter Umgehung des Bundestages und in diesem Sinne auch an der Partei vorbei möglich gemacht werden soll.

Wir sagen vor diesem Hintergrund: die Bahn ist unsere Bahn – sie darf nicht verkauft werden. Deshalb wenden wir uns an Euch, den SPD-Parteirat und die SPD-Mitglieder der Bundesregierung

- tretet sofort all diesen beschriebenen Bestrebungen entgegen und sorgt dafür, dass sie eingestellt werden,
- sichert so das Recht auf Mobilität für alle Mitglieder der Gesellschaft in allen Teilen der Republik,
- sorgt dafür, dass die Bahn als Teil des öffentlichen Dienstes mit dem wiederhergestellten einheitlichen Flächentarifvertrag in vollständiger staatlicher Verantwortung – einschließlich der Finanzierung durch den Bund - und Kontrolle erhalten wird.

Einstimmig angenommen.